Bericht
der Demobeobachter

Antifaschistische Demonstration am 08.10.2011 in Heilbronn

(Stand: 11.10.2011)

Über die Vorgeschichte zur Demonstranten wird an dieser Stelle nicht informiert.

Einzelheiten zu Zweck und Ziel der antifaschistischen Demonstration „Nothing´s gonna Stopp us now!“ unter http://antifaheilbronn.blogsport.de/kampagne-2011/ .

Der **Auflagenbescheid** der Stadt Heilbronn beinhaltet unübliche, das Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit erheblich einschränkende Auflagen. Die beträchtlichsten Einschränkungen sind: Die maximale Lange von Stangen für Transparente/ Fahnen/Tragschilder beträgt zwei Meter. Der maximale Durchmesser dieser Stangen darf zwei cm nicht überschreiten. Kanthölzer mit maximaler Kantenlänge von zwei cm x zwei cm. Maximallänge der mitgeführten Transparente dürfen 2,50 m nicht überschreiten.

Versammlungsverlauf:
Bereits um 13:20 Uhr war der Bahnhof von Polizeikräften stark belagert.

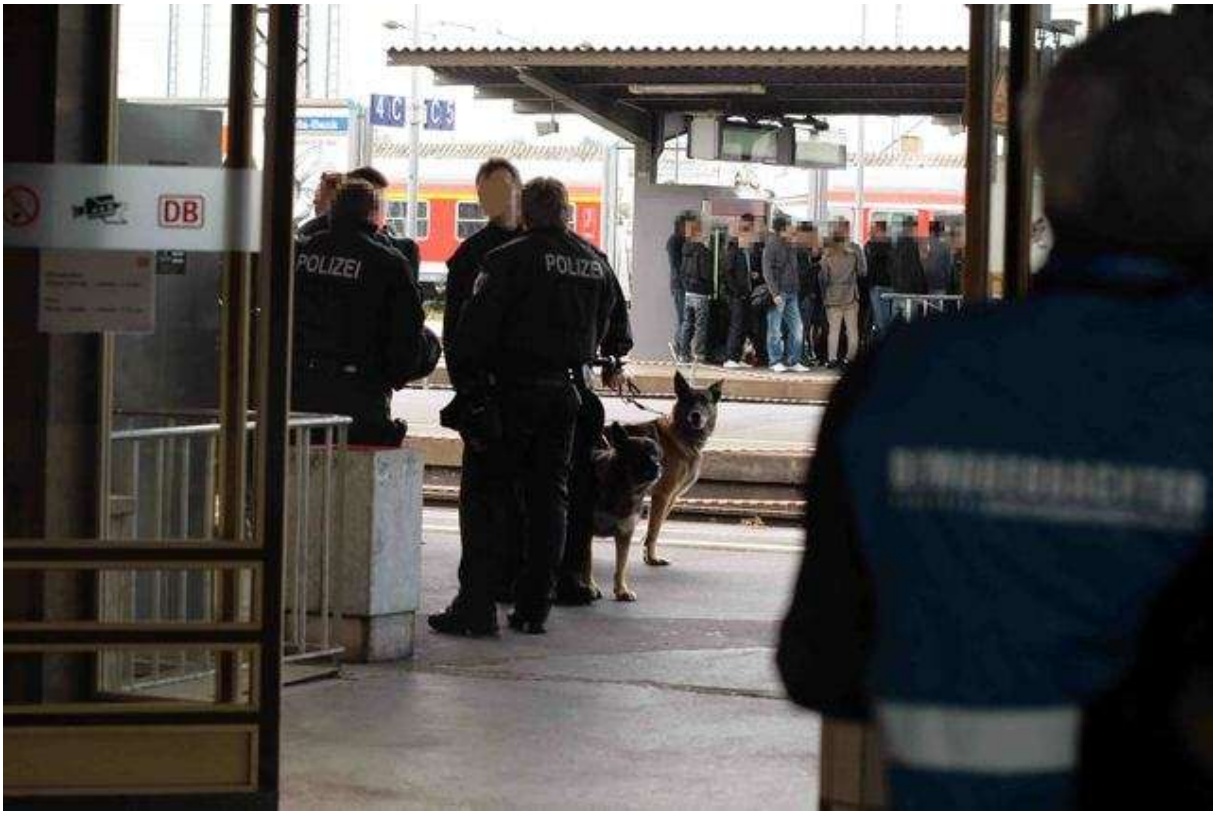
Die Anreise per Bahn gelang ohne größere Behinderung. Die Polizei setzte bereits hier Fotoapparate und Kameras ein.

Die mit dem Zug anreisenden Demonstranten wurden am Bahnhof festgehalten und durchsucht.

Laut Polizeiangaben handelt es sich um eine sogenannte „Vorkontrolle“. Ein Beamter des „Anti-Konflikt-Teams“ behindert das fotografische Dokumentieren der Demobeobachter durch ständiges „Im-Weg-Stehen“ und wiederholter Aufforderung, die Beamten nicht zu behindern. Eine Behinderung der Polizei fand zu keiner Zeit und in keiner Weise statt.

Vereinzelt kam es zu nicht nachvollziehbaren Personalienfeststellungen.

Mehrere Polizeihunde waren im Einsatz.



Noch vor dem eigentlichen Demobeginn filmte die Polizei auch die Demobeobachtergruppe ab.

Der Pressesprecher der Polizei legt Wert auf die Feststellung, dass wir als Demobeobachter keinen Sonderstatus hätten und dass es uns juristisch nicht geben würde.

Ein Demobeobachter wurde daran gehindert, an die Spitze der Demonstrationsaufstellung zu gelangen. Ein Polizeibeamter, der sich weigerte seinen Namen zu nennen, versuchte, bei einer Polizeiabsperrung eine Durchsuchung eines Pressevertreters durchzusetzen; es blieb allerdings beim Versuch, da der Journalist massiv dagegen protestierte. Einem Demonstranten wurde der Zugang zum Kundgebungsplatz mit der Begründung verwehrt, dass er eine Schutzwaffe mit sich führen würde. Bei der mitgeführten Schutzwaffe handelte es sich um gebräuchliche Handschuhe.

Ständiges Abfilmen durch die Polizei war die ganze Zeit „Normalsituation“ und wurde teilweise aus Zivilfahrzeugen durchgeführt.

Die Polizei setzte auf dem Neckar Boote ein, von einem der Boote wurde fotografiert.

Bei der Zwischenkundgebung filmte die Polizei ohne ersichtlichen Grund die friedlichen Demonstrationsteilnehmer ab. Ein Teilnehmer mit einer Fahne wurde aufgefordert, sich vor der Kamera zu entfernen.

Das Antikonfliktteam der Polizei behauptete, dass nicht gefilmt wird. Allerdings war die Kamera eindeutig in Betrieb (blinkendes Rotlicht) …

… und auf dem Monitor im Polizeifahrzeug war die Demonstration auch anschaulich zu sehen. Die Polizei hinderte Passanten daran, sich dem Demonstrationszug zu nähern bzw. sich ihm anzuschließen.

Die Demonstrationsteilnehmer mussten die ganze Zeit in einem polizeilichen "Wanderkessel" gehen.

Selbst in den Parallelstraßen liefen Polizisten in Vollausrüstung und in Querstraßen standen mehrere Einsatzwagen mit eingeschalteten Blaulichtern.

Hierdurch wurde die Außenwirkung erheblich negativ beeinflusst.

Auch während der Abschlusskundgebung waren die Teilnehmer stark von Polizeikräften umgeben.

Nach der Demonstration kam es in der Nähe des „Linken Zentrums Käthe“ zu willkürlichen Personenkontrollen und Durchsuchungen durch Zivilpolizei.

Zwei Demobeobachter dokumentierten diese Polizeiaktion fotografisch und drei weitere beobachteten das Szenario aus unmittelbarer Nähe. Die beiden Fotografen wurden von den Beamten äußerst aggressiv aufgefordert, dieses Fotomaterial umgehend zu löschen, ansonsten würden beide mit auf die Wache genommen und die Fotoapparate beschlagnahmt werden.

Die Beamten bestanden darauf, die Fotos in Augenschein zu nehmen und entschieden anschließend, welche Fotos umgehend gelöscht werden müssten. Unter diesem unmittelbaren Druck der Beamten (Drohung mit Festnahme und der Beschlagnahmung der Fotoausrüstung) löschten die Fotografen unter massivem Protest die von den Beamten ausgewählten Fotos.

Fazit:
Durch unverhältnismäßige Polizeipräsenz, Durchsuchungen etc. wurde der Eindruck der Gefährlichkeit der Demonstrationsteilnehmer geweckt. Dies ist abschreckend (und soll es wohl auch sein) und stellt so einen schweren Eingriff ins Grundrecht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit dar.

Demonstrationsteilnehmer mussten permanentes Abfilmen über sich ergehen lassen. Die Pressearbeit wurde teilweise behindert und nach der Demonstration erheblich beschnitten. An der Demonstration beteiligten sich 150 Teilnehmer. Um den direkten Demonstrationszug waren ca. 120 Polizeibeamte in Vollausrüstung und mehre Zivilbeamte im Einsatz. Insgesamt waren 450 Polizeibeamte vor Ort.

Uns liegen weitere, umfangreiche Foto-, Audio- und Videoaufnahmen vor.

Stuttgart, 11.10.2011

Dieser Bericht wird herausgegeben durch die Arbeitsgruppe Demobeobachtung des Stuttgarter Bündnisses für Versammlungsfreiheit. Das aus über 120 Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen bestehende Bündnis setzt sich für den Erhalt und Ausbau der Versammlungsfreiheit ein und stellt zu diesem Zweck Demobeobachter auf.

Sie finden uns im Internet unter: **www.versammlungsrecht.info**
Kontakt via E-Mail an: **demobeobachtung@versammlungsrecht.info**